

BGE 72 III 67

Bundesgericht (BGE), 1946-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_72_III_67

FR: ATF 72 III 67

IT: DTF 72 III 67

Volltext

66 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 18. B. Tempestivamente l'escussa ha deferito questa decisione alla Camera d'esecuzione e dei fallimenti 001 Tribunale federale, riconfermandosi nella sua domanda. Osservando in diritto: Secondo il verbale di sequestro, una parte del raccolto proviene da terreni presi in affitto e non può quindi beneficiare dell' art. 93 LEF, il quale non è applicabile a redditi di tal genere. Non occorre tuttavia indagare quale sia esattamente questa parte pignorabile integralmente, poiché anche se l'intero raccolto provenisse da terreni in usufrutto, al cui reddito l'art. 93 LEF è invece applicabile in via di massima, il ricorso apparirebbe pur sempre infondato. Il raccolto dell' uva dipende in larga misura dalla lavorazione del vigneto; è notorio che la vite prospera soltanto a prezzo di cure speciali e assidue. Il raccolto dell' uva, in quanto è dovuto al fattore lavoro, è pignorabile senza restrizione, purché vada al proprietario o all'usufruttuario del vigneto e non spetti, quale salario in natura, ad un terzo in virtù d'un contratto di lavoro. La ricorrente ammette che nel fattispecie il valore adducuto dell' intero raccolto dell' uva è di 1000 fr. La parte di questa somma che rappresenta l'equivalente del lavoro prestato dev' essere sicuramente valutata ad oltre un quinto. Anche nell' ipotesi più favorevole alla ricorrente, questa parte, che è pignorabile senza restrizione, supera quindi il credito in escussione, compresi gli interessi e le spese. La Camera d'esecuzione e dei fallimenti proklungia: Il ricorso è respinto. Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 19. 19. Entscheid vom 20. August 1946 i. S. St. Gaßlehe Kantonalbank. Nicht zu den Kosten der Pfandverwaltung (262 2 SchKG) gehören die Kollokationsprozesskosten der Masse betreffend eine Hypothek (hier die letzte). Unzulässig, diese Kosten vorweg dem auf vorgehende Pfandforderungen entfallenden Pfanderlös zu entnehmen; unzulässig, für sie in den Steigerungsbedingungen Barzahlung auf Rechnung des Preises (46 1 VZG) zu verlangen. Les frais du proces en contestation de l'état de cession soumise par la masse au sujet d'une hypothèque (en l'espece, en dernier rang) ne rentrent pas dans les frais de l'administration du gage (art. 262 al. 2 LP). Il n'est pas permis de prélever ces frais sur le produit de la réalisation afferent aux créances hypothécaires de rang antérieur non plus que de stipuler dans les conditions de vente qu'ils devront être payés en espèces tant moins sur le prix (art. 46 al. 1 ORI). Le spese della causa di contestazione della graduatoria sostenuta dalla massa a motivo d'un'ipoteca (nel fattispecie di ultimo grado) non fanno parte delle spese di amministrazione del pegno (art. 262 cp. 2 LEF). Non è lecito prelevare queste spese sul ricavo della realizzazione che spetta ai crediti ipotecari di grado anteriore o stabilire nelle condizioni d'incanto che esse dovranno essere pagate a contanti da computarsi sul prezzo di aggiudicazione (art. 46 ep. 1 RRF). A. - In dem vom Konkursamt Thun verwalteten Konkurs der Rosalie Gurtner in Steffisburg bewilligte die bernische Aufsichtsbehörde am 19. März 1946 in Anwendung von Art. 128 Abs. 2 VZG die Verwertung einer Liegenschaft in Jonschwil, Kanton St. Gallen, während der vom Gläubiger der IV. (letzten) Hypothek gegen die Masse angehobene Kollokationsprozess bis

auf weiteres eingestellt ist. Das Bundesgericht wies den gegen diese Bewilligung gerichteten Rekurs der Schuldnerin am 5. April 1946 ab (BGE 72 III 27). Die kantonale Aufsichtsbehörde hatte das Konkursamt Thun angewiesen, in den Steigerungsbedingungen «ausgewiesene Sicherheit in bar» für die der Masse allenfalls erwachsenden Kosten des Kollokationsprozesses zu verlangen. Auf Veranlassung des Konkursamtes Thun nahm dasjenige von Untertoggenburg in die Steigerungsbedingungen folgende Ziff. 18 auf: «Zu den... auf Abrechnung an der Kaufsumme bar zu

68 Schuldbetreibungs- und Konkursreht. ND 19. bezahlenden Verwaltungskosten gehört ... eine Sicherheit für die Kosten des von R. Nüssli angestrebten Kollokationsprozesses von "Fr. 3000.-", welcher Betrag vom Ersteigerer endgültig zu bezahlen ist ohne Rücksicht auf den Ausgang des Prozesses.» B. - Die St. Gallische Kantonalbank, Gläubigerin der I. und der II. Hypothek, focht die Steigerungsbedingung Ziff. 18 durch Beschwerde an, wurde aber von der bernischen Aufsichtsbehörde am 1. Juli 1946 abgewiesen, im wesentlichen aus folgenden Gründen: Auf den Erlös von Pfandgegenständen dürfen im Konkurs nur die Kosten ihrer Verwaltung und Verwertung verlegt werden (Art. 262 Abs. 2 SchKG). Zur Verwaltung einer Liegenschaft gehört indessen auch die gerichtliche Abklärung ihrer Lasten. Daher ist für die Kosten eines solchen Kollokationsprozesses in den Steigerungsbedingungen Barzahlung auf Abrechnung am Zuschlagspreise zu verlangen (Art. 46 Abs. 1 VZG). Wird ausnahmsweise die Versteigerung vor Beendigung eines derartigen Streites durchgeführt, so muss durch solche Barzahlung Sicherheit für die Masse beschafft werden, ansonst diese die Prozesskosten unter Umständen gar nicht aufzubringen vermöchte. Der Ersteigerer trägt dabei kein Risiko, denn die betreffende Barzahlung ist in dem Steigerungspreis ein für allemal inbegriffen. O. - Diesen Entscheid zieht die Beschwerdeführerin an das Bundesgericht weiter. Sie lässt nicht gelten, dass die Kosten eines Kollokationsprozesses Verwaltungskosten darstellen, und sieht in der Deckung solcher Kosten aus dem Pfanderlös einen unzulässigen Eingriff in die Rechte der Pfandgläubiger. Die 8schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung: 1. - Die Rechtzeitigkeit der Beschwerde steht ausser Zweifel, da der kantonale Entscheid über die Bewilligung der Verwertung, mit der erwähnten Weisung an das Schuldbetreibungs- und Konkursreht. N0 19. 69 Konkursamt, der Rekurrentin seinerzeit nicht eröffnet wurde. Ob jene Weisung, die auf alle Fälle noch der näheren Ausgestaltung bedurfte und in den Erwägungen mit keinem Worte begründet war, überhaupt Veranlassung zu einer Beschwerde hätte bieten können, mag dahingestellt bleiben. 2. - Die Vorinstanz gibt nicht an, warum sie die Abklärung dinglicher Lasten im Kollokationsprozesse zur Verwaltung der betreffenden Vermögensstücke rechnet. Mit Verwaltung im eigentlichen Sinne hat man es dabei keineswegs zu tun. Darunter verstehen Gesetz und Verordnungen nur die auf Erhaltung der Substanz gerichteten Massnahmen, also den Unterhalt samt Reparaturen, Bewachung und dergleichen (BGE 62 III 131). In einem weitem Sinne können dazu Fertigstellung oder Veredlung von Fabrikaten sowie die Weiterführung eines Geschäftes gerechnet werden, sofern diese Massnahmen im Interesse der Pfandgläubiger getroffen werden, zumal wenn diese selbst sie anbegehrt haben (BGE 57 III 88, 58 III 6). Das Kollokationsverfahren dagegen unterliegt besonderen Vorschriften und gehört nicht zu den Verwaltungshandlungen, auch wenn es sich auf dingliche Rechte an verpfändetem Konkursvermögen bezieht. Ob der Aufwand der Masse für die Verteidigung gegenüber solchen Ansprüchen analog einem eigentlichen Verwaltungsaufwand behandelt werden könne, ist eine Frage für sich. Jedenfalls ist der Grundsatz hochzuhalten, dass verpfändete Vermögensstücke des Gemeinschuldners nur unter Vorbehalt des Vorzugsrechtes der

Pfandgläubiger zur Masse gezogen werden können (Art. 198, 232 Ziff. 4 SchKG). Gerade diesen Grundsatz bringt auch Art. 262 Abs. 2 hinsichtlich der Tragung des Konkursaufwandes zum Ausdruck. Es kann nun wohl in Frage kommen, Aufwendungen, die auf Erhaltung und Mehrung wenn nicht der Substanz, 80 doch des Liquidationswertes gerichtet sind, eigentli- chen Verwaltungsmassnahmen gleich zu achten. Unter diesen Gesichtspunkt fällt etwa die Verteidigung gegen eine

70 Sohubbetriebs- und Konkursrecht. N0 19. allen Hypotheken vorgehende Dienstbarkeitslast, die sich daher nicht ohnehin nach Art. 812 Abs. 2 ZGB bei der Verwertung ausschalten lässt. Die Abwehr dinglicher Lasten, insbesondere auch Pfandlasten, darf aber niemals unter Heranziehung des auf vorgehende Pfandforderungen entfallenden Erlöses geschehen. Das wäre ein unzulässiger Eingriff in die Vorzugsrechte der betreffenden Pfand- gläubiger, die ja durch nachgehende Pfandlasten nicht berührt werden. Daran scheidet die angefochtene Steigerungsbedin- gung. Es kommt auch nicht in Frage, sie zu Lasten nach- gehender Hypotheken bestehen zu lassen, da solche nicht vorhanden sind. Es kann offen bleiben, ob dies- überhaupt angehe, ohne Rücksicht darauf, ob die nachgehenden Pfandgläubiger der Prozessführung durch die Masse zuge- stimmt hätten. Vollends verschlägt nichts die Andeutung der Vorinstanz, es fehle vielleicht im unverpfändeten Ma.asevermögen an den Mitteln zur Begleichung dieses Prozessaufwandes. Es geht schlechterdings nicht an, hiezu vorweg auf den den vorgehenden Pfandgläubigern zukom- menden Pfanderlös zu greifen. Der Kollokationsprozess liegt im ausschliesslichen Interesse der Kurrentgläubiger ; daher steht für diesen Aufwand nur der allfällige Über- schuss des PfanderlöBes zur Verfügung .. Demnach erkennt die Sch'liUl betr.- 'fl'. Konkurskammer : Der Rekurs- wird gutgeheissen und die Steigerungs- bedingung Ziff. 18 aufgehoben. Schuldbetriebs- und Konkursrecht. N0 20. 71 20. Entscheid vom 27. August IM8 i. S. Brunne!'. zuateUung der Bareibungsurkunden in der Betreibung gegen eine i"riBtiBche Person oder eine Gesellschaft. Die Betreibungsurkunden können den in Art. 65 Abs. 1 SchKG als «Vertreter» genannten Personen auch ausserhalb des Geschäftslokals der betriebenen juristischen Person oder Ge- sellschaft (Art. 65 Abs. 2 SchKG) gültig zugestellt werden. Wird der ce Vertreter 11 im Sinne von Art. 65 Abs. 1 SchKG in seiner Wohnung oder an dem Orte, wo er seinen Beruf auszu- üben pflegt, nicht angetroffen, so kann die Zustellung auch an eine zu seiner Haushaltung gehörende erwachsene Person oder an einen Angestellten erfolgen (Art. 64 Abs. 1 SchKG), und zwar selbst dann, wenn die betrieMne juristische Person oder Gesellschaft ein Geschäftslokal besitzt. N onflcaUon des acteB de POUTSUite en caB de pourBfdte contre une personne iuridique O'U une BOOi6U. Lee actes de poursuite peuvent ~tre val.ablement signifiees aux personnes que l'art. 65 a1. 1 LP designe comme «represen- tants » m~me hors des bureaux de la personne juridique ou dA la. socieM poursuivies. Si le « representant », dans le sens de l'art. 65 a.1. 1 LP, ne peut ~tre atteint 8. son domicile ni a. l'endroit OU il a coutume d'exer- cer sa profession, la. notification peut se faire aussi a. une per- sone adulte de son menage ou 8. un employe (art. 64 a1. 1 LP), m~e da.ns le ca.s ou la. personne juridique ou la socieM pos- sment un bureau d'affaires particulier. Noti{lca degli. atn esecutivi in 0080 d'esecuzione contro "Ha per80na giuridica 0 "Ha 800ietd. Oll atti esecutivi possono essere va.lidamente notificati alle per- sone. ehe rart. 65 cp. 1 LEF designs. come « rappresentanti ». &nche fuori degli uffici della. persona giuridica. 0 della. societA e8Cusse. Se il «rappresentante» a' seilsi dell'art. 65 cp.1 LEF non si trova a.l suo domicilio ne a.l luogo ove suole esercitare la. BUa profes- Bione. la. notifica. pub esser fatta ad uns. persona. adulta della. BUa famiglia. 0 ad uno dei suoi impiegati (art. 64 cp. 1 LEF), anche se la. persona

giuridica. 0 la societA posseggono un ufficio commerc~e proprio. Am 16. März 1946 stellte der Rekurrent beim Betrei- bungsamt Bern ein Betreibungsbegehren gegen die «Genossenschaft Schweiz. Gross- und Klemviehhändler, mit Sitz in Bern, Präsident: Hektor Leuenberger, Handels- mann, Ursenbach ». Der Zahlungsbefehl wurde am 22. März 1946 im Tuchladen Hektor Leuenoorgers dem dort tätigen volljährigen Sohne desselben, Walter Leuenberger. zugestellt; ebenso am 25. Mai 1946 die Konkursandrohung.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.